

Nr. 18/2023

Magdeburg, 02.03.2023

KEINE ZUKUNFT FÜR DEN CO₂-PREIS IN DEUTSCHLAND?

Psychologen der Uni Magdeburg untersuchen Akzeptanz von CO₂-Bepreisung

Die Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung für die 2021 eingeführte CO₂-Bepreisung zum Klimaschutz ist gering. Unabhängig von Höhe und Verwendung der über höhere Benzin- oder Heizölpreise generierten staatlichen Einnahmen liegt die Akzeptanz des CO₂-Preises bei 36 Prozent der Bevölkerung. Immerhin 44 Prozent der Befragten würden einen CO₂-Preis akzeptieren, wenn die zusätzlichen Einnahmen für eine Senkung der Strompreise verwendet würden, gefolgt vom *Green Spending* – also der Unterstützung weiterer Klimaschutzmaßnahmen – und der Pro-Kopf-Rückverteilung, auch „Klimadividende“ genannt.

Zu diesen Ergebnissen kommen Psychologinnen und Psychologen der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg im Rahmen des Forschungsprojektes „Analyse der kurz- und langfristigen Wirkungen unterschiedlicher CO₂-Bepreisungsvarianten auf Gesellschaft und Volkswirtschaft“. Sie untersuchten, wie der CO₂-Preis ausgestaltet werden sollte, damit er von der Bevölkerung akzeptiert wird.

Von Oktober bis November 2021 wurden dafür über 8000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu verschiedenen CO₂-Bepreisungsvarianten und der Verwendung der staatlichen Mehreinnahmen befragt sowie ihre individuelle Umweltschuttmotivation erhoben.

Die Studie des Teams um Prof. Florian Kaiser vom Institut für Psychologie zeigte, dass Menschen, denen Klimaschutz wichtig ist, auch eher hohe CO₂-Preise akzeptierten. Tatsächlich sei der aktuelle CO₂-Preis aber sogar so niedrig, dass er von einem Großteil der Menschen gar nicht wahrgenommen werde, so Prof. Kaiser. „*Es wussten*

1/2

nur 35 Prozent der von uns befragten Personen, dass in Deutschland 2021 ein CO₂-Preis eingeführt wurde.“

Überrascht habe das Team, dass es bei der Bewertung und Akzeptanz der Maßnahmen kaum regionale Unterschiede gäbe, so Projektmitarbeiterin Emily Bauske. *„Wir haben in unterschiedlichsten Regionen Deutschlands gefragt und hätten erwartet, dass die Akzeptanz in ländlichen Regionen, die von Braunkohlewirtschaft geprägt sind, noch geringer ausfällt als in wohlhabenden Stadtgebieten.“*

Das Verbundprojekt „Analyse der kurz- und langfristigen Wirkungen unterschiedlicher CO₂-Bepreisungsvarianten auf Gesellschaft und Volkswirtschaft (CO₂-Preis)“ wird vom 01.05.2020 bis 31.07.2023 vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) gefördert. Ziel ist die Entwicklung einer nachhaltigen und sozial verträglichen Variante der CO₂-Bepreisung und -Einnahmenverwendung. An dem Forschungsprojekt beteiligt sind die Uni Stuttgart, das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und die zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende. Weitere Informationen zu dem Projekt unter www.co2-preis.info.

Hintergrund CO₂-Bepreisung

Die Bundesregierung hat zum Januar 2021 eine CO₂-Bepreisung für die Bereiche Wärme und Verkehr eingeführt. Damit werden klimaschädliche Kraftstoffe wie Heizöl, Diesel und Benzin teurer. Die zusätzlichen Einnahmen sollen in die Umsetzung der Maßnahmen des Klimaschutzprogramms 2030 investiert werden, etwa für einen klimaschonenden Verkehr und energieeffiziente Gebäude. Weitere Informationen unter <http://link.ovgu.de/co2preis>

Kontakt für die Medien:

Emily Bauske, Institut für Psychologie, Fakultät für Naturwissenschaften, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Tel.: 0391 67-58482, E-Mail: ebauske@ovgu.de